

Prof. Dr. Otmar Wassermann, ehemaliger Vorsitzender der
Wissenschaftlichen Fachkommission zur Ursachen-Aufklärung
der Leukämieerkrankungen im Raum Geesthacht/Elbmarsch
beim Minister für Natur, Umwelt und Landesentwicklung
in Schleswig-Holstein

c/o Institut für Toxikologie etc., Universität Kiel



Sperrfrist: 01.11.2004, 10.30 Uhr

Berlin, den 1. November 2004

Mitteilung an die Presse

**Die Mehrheit der Wissenschaftler der schleswig-holsteinischen
Fachkommission zur Ursachenaufklärung der Leukämieerkrankungen
bei Geesthacht und in der Elbmarsch erklärt ihren Rücktritt**

Weiterhin erkrankten Kinder bei den Geesthachter Atomanlagen auffällig häufig an Leukämie. Der Vorsitzende und die Mehrheit der Mitglieder der Leukämiekommission legten ihr Amt unter Protest gegen die Verschleierungspolitik der schleswig-holsteinischen Aufsichtsbehörde nieder. In ihrem Abschlussbericht sehen sie den Verdacht auf unzulässige radioaktive Kontamination der Umgebung bestätigt.

Unter Protest gegen die Verschleierungspolitik der schleswig-holsteinischen Aufsichtsbehörde haben jetzt der Vorsitzende und 5 weitere wissenschaftliche Mitglieder der Kommission zur Ursachenaufklärung der Leukämieerkrankungen im Raum Geesthacht und in der Elbmarsch ihr Amt niedergelegt. Dies sind Professor Dr. Otmar Wassermann als Vorsitzender und die Mitglieder Dr. Helga Dieckmann, Prof. Dr. Horst Kuni, Prof. Dr. Dr. h.c. Edmund Lengfelder, Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake und Prof. Dr. Roland Scholz. Seit langem könnten sie nicht erkennen, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein eine Aufklärung wirklich wünscht, erklärte Wassermann heute gegenüber der Presse in Berlin.

1992 war die ehrenamtlich arbeitende, insgesamt 8-köpfige Kommission auf Betreiben des damaligen, auch für die Atomanlagen verantwortlichen schleswig-holsteinischen Sozialministers Günter Jansen eingesetzt worden, nachdem die weltweit auffälligste Häufung von Leukämieerkrankungen bei Nuklearanlagen in unmittelbarer Nähe der Kernforschungsanlage GKSS¹ und des Kernkraftwerkes Krümmel bei Geesthacht öffentlich bekannt geworden war. Nach einem sprunghaften Anstieg im Jahre 1990 ist dort die Zahl der Leukämieerkrankungen bis heute 3-fach erhöht geblieben (siehe Abbildung).

In ihrem jetzt vorgelegten Abschlußbericht kommen Wassermann und Kolleginnen und Kollegen zu dem Schluß, daß das vorher verdächtige Kernkraftwerk Krümmel (KKK) wegen einer Reihe ungeklärter Vorkommnisse und des lokalen Kleinklimas zwar nach wie vor als Mitverursacher der Leukämieerkrankungen in Frage kommt, die wesentliche leukämierelevante Umgebungskontamination jedoch höchstwahrscheinlich von geheimgehaltenen kerntechnischen Sonderexperimenten verursacht wurde. In dieser Einschätzung stützen sich Wassermann und Kolleginnen und Kollegen auf Untersuchungen durch Kommissionsmitglieder und verschiedene wissenschaftliche Arbeitsgruppen, in den letzten Jahren besonders auf die Erkenntnisse der Arbeitsgemeinschaft Physikalische Analytik und Meßtechnik (ARGE PhAM) in Weinheim. Diese besteht aus Prof. Dr. Reinhard

¹ Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt GmbH.

Brandt, Marburg, Dipl.-Ing. Heinz Werner Gabriel, Weinheim, Dr. Dirk Schalch, Gießen, und Prof. Dr. Dr. h.c. Arthur Scharmann, Gießen.

Wassermann und Kolleginnen und Kollegen sehen den Verdacht einer unzulässigen radioaktiven Kontamination der Umgebung bestätigt, die aus Spalt- und Aktivierungsprodukten, Transuranen (Plutonium und Americium) und weiteren Kernbrennstoffen (angereichertes Uran und Thoriumderivate) besteht. Diese Kernbrennstoffe werden von der ARGE PhAM mit aufgefundenen Mikrosphären in Zusammenhang gebracht, die sie besonderen kerntechnischen Experimenten zuordnen. Art und Aufbau der Mikrosphären zeigen demnach die Herkunft aus einer Hybridanlage, bei der Kernfusion und Kernspaltung vereint zur Energiefreisetzung benutzt werden sollten. Für September 1986 ließ sich zudem ein mit einem Brand verbundenes Unfallereignis auf einem Gelände zwischen der GKSS und dem Atomkraftwerk Krümmel nachweisen, das auch den zeitlichen Zusammenhang zum Anstieg der Leukämieerkrankungen herstellt. Die Behauptung der Reaktoraufsicht, die im September 1986 aufgetretene radioaktive Kontamination im Umfeld der Reaktoranlage sei durch einen Aufstau natürlichen Radons entstanden, wird von den ausgetretenen Kommissionsmitgliedern als absurd bezeichnet.

Die schleswig-holsteinische Reaktoraufsicht habe jedwede Unregelmäßigkeit seitens der kerntechnischen Betriebe und damit jedwede Lückenhaftigkeit ihrer eigenen Aufsicht bestritten, kritisieren die jetzt zurückgetretenen Mitglieder der Leukämiekommision. Die großenteils „aberwitzigen Widerlegungsversuche“ der belastenden Erkenntnisse der Kommission seien von Bundes- und Länderbehörden sowie staatlichen Untersuchungsstellen anerkannt und begleitet worden, eine angemessene Prüfung der Argumente habe jedoch nicht stattgefunden. Insbesondere sei verweigert worden, die näheren Umstände des Brandes 1986 bei Geesthacht aufzuklären.

Unterstützung erfahren haben die Mitglieder der Kommission dagegen durch Nicht-Regierungsinstitutionen. Die Internationale Ärztevereinigung zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und die Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch haben bezeichnenderweise die Mittel bereitgestellt, die zur Finanzierung der entscheidenden Messungen der letzten Jahre erforderlich waren, erklärte Wassermann.

Die Rate kindlicher Leukämiefälle in der 5 Kilometer-Umgebung des Kernkraftwerks Krümmel ist bis in die Gegenwart signifikant circa 3-fach erhöht geblieben. Betroffen waren seit 1995 ausschließlich Kinder unter 5 Jahren, weshalb die Erhebungen fortzusetzen und die Ursachen umgehend zu beseitigen sind, fordern Wassermann und Kolleginnen und Kollegen. Ihre Bemühungen zur weiteren Ursachenaufklärung wollen sie deshalb außerhalb der Kommission fortsetzen.

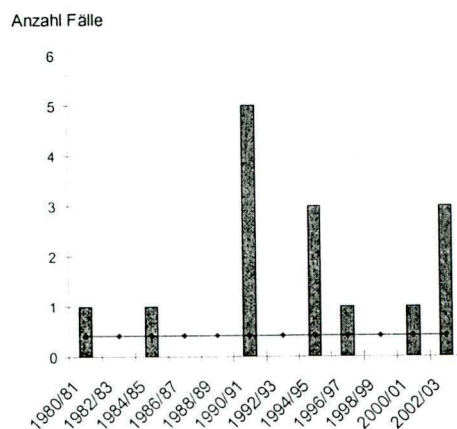


Abbildung: **Zeitliche Entwicklung der kindlichen Leukämiefälle im 5 km-Umkreis des Kernkraftwerks Krümmel (Erkrankungen im Zweijahreszeitraum)**
durchgezogene Linie: Erwartungswert nach Kinderkrebsregister 0,42 Fälle/2 Jahre